

Ceuta: Die Haltung der EU zur Einwanderung wandelt sich

Was Ceuta und Melilla in Gang gesetzt haben, wird so schnell nicht enden.

7. August 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Es ist etwas im Gange

Warnung: Es ist etwas im Gange. Die Ereignisse in Ceuta und Melilla Anfang August 2026 sind kein Zufall. Die [vorläufige Zahl](#) der Todesopfer liegt bei mindestens zweiundsiebzig; die Regierung in Madrid hat innerhalb von achtundvierzig Stunden die Grenzkontrollen wieder eingeführt und fast alle, die illegal eingereist waren, zurückgeführt. Die politische Reaktion stand jedoch in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort.

22 Regierungschefs wandten sich in einem [Schreiben](#) an Ursula von der Leyen und warfen Spanien vor, die Außengrenze der EU schlecht zu verwalten; Pedro Sánchez antwortete mit einem Brief, in dem er die Reaktion seiner Partner als „asymmetrisch“ bezeichnete und beklagte, dass die europäische Solidarität durch Vorurteile, Fehlinformationen und das Streben nach politischem Konsens untergraben worden sei. Ein chinesischer Kommentator [interpretierte](#) den Vorfall in der *Global Times* als Beginn einer neuen Spaltung innerhalb der EU.

Das Bild einer Spaltung ist wirkungsvoll, muss jedoch mit Vorsicht behandelt werden. Es beschreibt keine Migrationskrise, sondern eine politische Krise, die Migration als Rohstoff nutzt. Diese Unterscheidung ist wichtig, da sie den Schwerpunkt der Analyse von den Migrationsströmen auf das Kräfteverhältnis innerhalb der EU verlagert.

1. Daten versus Wahrnehmung

Am besten fängt man mit den Zahlen an, denn genau hier wird die gängige Darstellung auf den Kopf gestellt. [Frontex](#) meldete für das erste Halbjahr 2026 einen Rückgang der irregulären Einreisen in die EU um 37 Prozent. Die westliche Mittelmeerroute – die über die Straße von Gibraltar führt – ist die einzige, die sich diesem Trend entzieht: rund 7.860 Erfassungen, ein Anstieg von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, der vor allem auf Abfahrten aus Algerien zurückzuführen ist. Dies macht jedoch nach wie vor nur einen winzigen Bruchteil des Gesamtbildes aus. Die östlichen und zentralen Mittelmeerrouten machen mit insgesamt über 30.000 registrierten Fällen weiterhin den Großteil der Ankünfte aus, wenn auch mit stark rückläufiger Tendenz.

Es gibt zudem einen rechtlichen Aspekt, der Bedenken hinsichtlich der Freizügigkeit ausräumt. Ceuta unterliegt innerhalb des Schengen-Raums einer Sonderregelung: Wer dort einreist, muss weiterhin Grenzkontrollen durchlaufen, bevor er das Festland erreicht. Die spanischen Behörden haben wiederholt betont – und die Kommission hat dies bestätigt –, dass keine der irregulären Einreisen nach Ceuta zu einer Weiterreise in den Rest der Union geführt hat. Die von den 22 Regie-

rungen angeführte Sorge um die „Schengen-Sicherheit“ entbehrt angesichts dieser Tatsachen jeder praktischen Grundlage.

Daraus ergibt sich die erste These dieses Beitrags: Die Reaktion der europäischen Partner steht nicht in einem angemessenen Verhältnis zur Bedrohung, sondern richtet sich nach politischen Erwägungen. Ein Ereignis, das quantitativ gesehen nur von untergeordneter Bedeutung ist, wurde als kontinentaler Notfall behandelt, da Migration in Europa nicht mehr nur eine Frage der Verwaltungsführung ist, sondern zu einem Schauplatz geworden ist, der in direktem Zusammenhang mit Wahlen und Machtwechseln steht.

2. Drei strukturelle Probleme

In der Ceuta-Krise spielen drei seit Langem bestehende Spannungsfelder eine Rolle. Das erste betrifft die Kluft zwischen der politischen Ebene und der administrativen Effizienz. Die europäische Migrationspolitik wird zunehmend von wahltaktischen Überlegungen bestimmt und immer weniger von der Fähigkeit, Probleme zu lösen. Der italienische Präzedenzfall ist aufschlussreich: Rom investierte erhebliches finanzielles und diplomatisches Kapital, um die Identifizierung und Inhaftierung von Asylsuchenden an Albanien auszulagern, was trotz der vernachlässigbaren Zahl der tatsächlich bearbeiteten Fälle Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen nach sich zog. Die Maßnahme diente als politisches Signal, nicht als Mechanismus der Regierungsführung.

Die zweite Spannungslinie besteht zwischen offenen Binnengrenzen und schlecht kontrollierten Außengrenzen. Schengen ist eine der greifbarsten Errungenschaften der europäischen Integration: Arbeitskräftemobilität, kultureller Austausch und eine konkrete Erfahrung von kontinentaler Bürgerschaft. Doch wenn die Last der Ankünfte ungleichmäßig auf die Grenzstaaten verteilt ist, wird genau der Raum, der die Union symbolisiert, zu ihrem Reibungspunkt. Der [Pakt über Migration und Asyl](#), der 2026 mit einem einheitlichen Überprüfungsverfahren an den Außengrenzen in Kraft trat, sollte diese Last umverteilen; die Krise in Ceuta zeigt jedoch, wie fragil seine politische Stabilität noch immer ist.

Die dritte Spannung besteht zwischen den verkündeten Werten und ihrer politischen Tragfähigkeit. Seit der Nachkriegszeit hat Europa einen Teil seiner Identität auf den Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde aufgebaut. Dies ist nicht nur reine Rhetorik: In Spanien erhielt dies konkrete rechtliche Gestalt, als der Tribunal Supremo im Juni 2026 entschied, dass summarische Zurückweisungen nicht auf Personen angewendet werden dürfen, die versuchen, Ceuta und Melilla auf dem Seeweg zu erreichen, und damit das Standardverfahren vorschrieb. Jedes Mal, wenn der Aufwand in Bezug auf öffentliche Ordnung und Ressourcen steigt, vergrößert sich die Kluft zwischen moralischem Imperativ und dem Druck der Realität, wodurch ein Raum entsteht, in dem Kräfte gedeihen, die versprechen, „die Tür zu schließen“.

3. Solidarität mit variabler Geometrie

Die politisch aufschlussreichste Tatsache ist nicht die Welle an sich, sondern wer sie genutzt hat und wie. Der Brief der 22 wurde von Giorgia Meloni und Mette Frederiksen koordiniert, zwei Politikerinnen, die ideologisch gegensätzliche Positionen vertreten, sich jedoch in einer restriktiven Linie einig sind; beide drohten mit Konsequenzen für [Madrids Zusammenarbeit im Schengen-Raum](#).

Ihnen gegenüber steht die linke Regierung unter Sánchez, die die Vorteile der legalen Einwanderung für die spanische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt hervorhebt; sie sieht sich gerade in dem Moment isoliert, in dem sie unter dem größten Druck steht. Mit anderen Worten: Die europäische Solidarität wird je nach der politischen Haltung derjenigen, die sich darauf berufen, entweder aktiviert oder ausgesetzt.

Es lohnt sich, das gegenteilige Argument zu prüfen. Man könnte argumentieren, dass die 22 Regierungen nicht aus Opportunismus handelten, sondern aus echter Sorge: Eine durchlässige Enklave würde einen Präzedenzfall schaffen, und präventive Entschlossenheit wäre ein Akt der Verantwortung. Dieses Argument enthält zwar einen Funken Wahrheit, verfehlt jedoch in zwei nachprüfbaren Punkten das Ziel. Der besondere Schengen-Status von Ceuta macht die Befürchtung eines Übergreifens auf die Halbinsel rechtlich unbegründet, und die Zahlen auf der westlichen Route bleiben im Vergleich zu den anderen marginal. Wenn die politische Reaktion dort am stärksten ausfällt, wo das tatsächliche Risiko minimal ist, ist die einfachste Erklärung nicht strategische Vorsicht: Es ist der wahltaktische Gewinn, der sich aus dem Zeigen von Entschlossenheit ergibt.

Es sei daran erinnert, dass es für diese Situation einen fast spiegelbildlichen Präzedenzfall gibt. Im Mai 2021 gelangten etwa 9.000 Menschen nach Ceuta, nachdem die marokkanische Polizei in einer Phase diplomatischer Spannungen zwischen Rabat und Madrid die Kontrollen bewusst gelockert hatte; das EU-Parlament sprach damals von der Ausbeutung von Minderjährigen. Das Muster wiederholt sich: Marokko nutzt den Migrationsdruck als Verhandlungsmasse, während Europa eher nachträglich auf innenpolitischer Ebene reagiert, anstatt vorgelagert in seinen Beziehungen zum Transitland. Von der Leyen räumte dies indirekt ein, indem sie warnte, dass die Union den Einsatz von Migration als Druckmittel nicht tolerieren werde, und verwies die Frage auf eine strategische Diskussion im Oktober.

Szenarien am Horizont

In den nächsten zwölf bis achtzehn Monaten zeichnen sich drei mögliche Entwicklungen ab. Die erste und wahrscheinlichste ist eine Pattsituation ohne Lösung: Der Pakt tritt vollständig in Kraft, die Zahlen bleiben überschaubar, doch jeder einzelne Vorfall löst weiterhin Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedstaaten aus, da es nicht um den Zustrom von Migrant*innen geht, sondern um den innenpolitischen Konsens. Ein Indikator, den es zu beobachten gilt, ist, ob die Diskussion im Oktober zu einem Mechanismus zur Lastenteilung oder lediglich zu einer Grundsatzerklärung führen wird.

Der zweite Weg – weniger wahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen – ist eine koordinierte Verhärtung der Positionen: Die restriktive Linie von Meloni und Frederiksen wird zum Mainstream; die gemäßigte Mitte übernimmt sie, um keine Wählerstimmen zu verlieren; und der Schutz der Rechte wird auf eine reine Formalität reduziert.

Das dritte Szenario, das derzeit unwahrscheinlich ist, ist eine Neuausrichtung hin zu einer geteilten Verwaltung – möglich nur, wenn eine strukturelle Vereinbarung mit den Transitländern der Migration ihre Funktion als diplomatisches Druckmittel entziehen würde. Keiner der drei Wege beseitigt die Kluft: Zwei vergrößern sie, während einer sie unter Kontrolle hält, ohne sie zu schließen.

Die strategische Konsequenz daraus ist, dass die Union das quantitative Problem, das sie 2015 überforderte, weitgehend gelöst hat, nicht jedoch das daraus resultierende politische Problem. Solange eine harte Linie mehr bringt als Zusammenarbeit, wird die Migration für Europa nicht etwas sein, das die Mitgliedstaaten gemeinsam bewältigen müssen, sondern etwas, bei dem es in ihrem Interesse liegt, uneinig zu sein.

Doch es gibt noch mehr, und das ist weitaus gefährlicher: Dieses Ereignis könnte den Beginn von etwas wirklich Gefährlichem markieren, vielleicht sogar von etwas Epochalem – wie etwa einer europäischen Revolution zwischen tiefer verwurzelten politischen Fraktionen oder, um eine den Amerikanern vertraute Rhetorik zu verwenden, einem Kampf zwischen verschiedenen Arten des „Deep State“.

Was Ceuta und Melilla in Gang gesetzt haben, wird so schnell nicht enden.